



Heidrun Bluhm

Mitglied des
Deutschen Bundestages

- Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Mitglied und Obfrau im Petitionsausschuss
- stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss

Impressum:
Deutscher Bundestag
Büro Heidrun Bluhm
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 22770255
Fax: 030 22776155
E-Mail: heidrun.bluhm
@bundestag.de
www.heidrun-bluhm.de
V.i.S.d.P.: Heidrun Bluhm

Eine endgültige politische Entscheidung gegen das Bombodrom ist überfällig – Angela Merkel muss endlich ein Machtwort sprechen

**Kein Bombodrom.
Nirgends.**



**DIE LINKE: Konsequenz pazifistisch:
Militäreinsätze sind keine Lösung – Keine Bomben-
abwürfe und Tiefflüge in der Müritz-Region**

Erneut hat ein Gericht der Bundeswehr die militärische Nutzung des Bombodroms in der Kyritz- Ruppiner Heide untersagt. Wie schon in der Vorinstanz gab das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Ende März den Klägern Recht: Das Verteidigungsministerium darf den Ausbau des Areals sowie eine Aufnahme der militärischen Nutzung

nicht weiter vorantreiben. Zeitungen berichteten: Die Pläne der Bundeswehr „wurden vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg regelrecht abgewatscht“. Die Planungen für das Bombodrom seien „gar keine Pläne“, da die legitimen Interessen der Anwohner nicht beachtet würden. („Berliner Zeitung“ vom 28.3.2009).

Endgültige Entscheidung überfällig

Die Menschen in der Region sehen eine endgültige Entscheidung herbei. Diese ist längst überfällig. Bereits nach dem Urteil des Potsdamer Verwaltungsgerichtes vom 31. Juli 2007 hatten sie gehofft, dass die Bundeswehr nun endlich den geordneten Rückzug antritt und dass Planungssicherheit und Friede in die Region einziehen können. Doch Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) gibt sich weiter starrsinnig und hält selbst nach 23 verlorenen Gerichtsver-

fahren in anderthalb Jahrzehnten an dem überflüssigen Projekt fest. Aber auch wenn es Franz Josef Jung nicht wahrhaben will, bleibt es doch die Wahrheit: Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wollen kein Bombodrom. Und die Bundesregierung muss endlich den Willen der Bürgerinnen und Bürger sowie die Voten der Landesparlamente in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern respektieren.

Jetzt ist vor allem die SPD am Zug

Für unsere Region wäre das Bombodrom eine Katastrophe. Als Direktkandidatin in der Müritzregion für den Wahlkreis 17 und als Mitglied des Petitionsausschusses im Bundestag setze ich mich konsequent gegen die militärische Wieder-Inbetriebnahme des rund 120 Quadratkilometer großen Areals ein. Als Berichterstatlerin der entsprechenden Petition habe ich immer wieder darauf hingewiesen,

dass ein solches Bombodrom Investitionen gefährden und Arbeitsplätze vernichten würde. Im Petitionsausschuss fordere ich seit Monaten, dass der Bundestag die Bundesregierung auffordert, die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ein für allemal aufzugeben. Über alle Parteigrenzen hinweg haben sich viele Politiker im Sinne des Anliegens der Petenten ausgesprochen. Und ich meine, das

sollte dann auch der für die Bürgeranliegen zuständige Parlamentsausschuss schaffen. In dieser Angelegenheit ist jetzt vor allem die SPD am Zug. Sie muss beweisen, was ihr Parteitagbeschluss von 2007 wert ist. **DIE LINKE** wird nicht locker lassen, bis die rein rechnerische rot-rot-grüne Mehrheit im Bundestag zur faktischen Mehrheit wird und im Interesse der Menschen eine Entscheidung erzwingt.



Militäreinsätze sind keine Lösung

Es gibt keine militärische Rechtfertigung für das Bombodrom. DIE LINKE stellt sich einem militärischen Automatismus konsequent entgegen. Auch wenn nach dem Ende des Kalten Krieges militärische Auseinandersetzungen weltweit wieder als „fast normales“ Mittel der Politik angesehen werden, sind Militäreinsätze kein Mittel zur Konfliktlösung. In militärischen Kampfhandlungen leidet vor allem und oft zuerst die Zivilbevölkerung. Im Vergleich zu den vermeintlich „erfolgreicheren“, tatsächlich aber nur spektakuläreren Militäreinsätzen spielen zivile Krisenvorsorge und ziviles Konfliktmanagement heute nahezu keine Rolle mehr. Daher ist ein Umdenken dringend erforderlich. Machen wir in der Müritz-Region dazu den Anfang.

Fluglärm und Tourismus vertragen sich nicht

Gerade die Müritz-Region ist auf einen gut entwickelten Tourismus angewiesen. Nach eigenen Angaben will die Luftwaffe ihren Truppenübungsplatz für rund 1700 Einsätze jährlich nutzen. Der so zu erwartende Fluglärm bedroht die weitere touristische Entwicklung. Daher schließt die Front der Bombodrom-Gegner sogar CDU-Mitglieder ein, zumindest in den Ländern. Wäre es da nicht an der Zeit, dass die

Bundeskanzlerin endlich einmal Führungsstärke zeigt? Frau Merkel sollte sich endlich auf ihre Richtlinienkompetenz besinnen und eine politische Entscheidung gegen die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide treffen, zu der Herr Jung offenbar nicht fähig ist. Zumal sämtliche Argumente des Verteidigungsministeriums für eine Inbetriebnahme auf falschen oder völlig überholten Planungen beruhen.



Dank an alle Bombodrom-Gegner

An dieser Stelle möchte ich allen Menschen meinen herzlichen Dank und großen Respekt aussprechen, die unermüdlich gegen die Ignoranz der Bundeswehr und der Bundesregierung auf die Straße gehen und protestieren. Besonders gilt das für diejenigen jungen Leute, die sich in ihrer Freizeit gegen die Inbetriebnah-

me des Bombodroms engagieren und auf eine besonders kreative und künstlerische Weise zum Protest einladen. Dem kann ich mich nur anschließen.

Heidi von Blum